## **Deutscher Bundestag**

**16. Wahlperiode** 07. 03. 2007

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/848 –

In der EU-Mittelmeerpolitik mehr auf Demokratisierung und Good Governance drängen

#### A. Problem

Die 1995 in Barcelona abgehaltene "euro-mediterrane" Außenministerkonferenz kennzeichnet den Beginn des sogenannten Barcelona-Prozesses, welcher den institutionellen Rahmen für die Mittelmeerpolitik der EU darstellt. Grundlegend ist der Gedanke einer intensiven Zusammenarbeit der Länder auf beiden Seiten des Mittelmeeres auf gleichberechtigter Basis. Seit 2004 ist der Barcelona-Prozess Bestandteil der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), welche anlässlich der EU-Osterweiterung von der Europäischen Kommission entwickelt wurde. Die Umsetzung der ENP-Aktionspläne wird durch das neue Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) unterstützt, welches die finanzielle Förderung von ENP-Partnerländern beinhaltet.

Die Antragsteller geben zu bedenken, dass in den südlichen EU-Nachbarländern bislang nur geringe Fortschritte im Hinblick auf Demokratisierung und Durchsetzung der Menschenrechte erzielt wurden. Das erklärte Ziel des Barcelona-Prozesses, nämlich Sicherheit, Stabilität und Wohlstand im Mittelmeerraum nachhaltig zu sichern, ist daher längst nicht erreicht.

Vor diesem Hintergrund solle die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die Mittelmeerkomponente der ENP ihren Schwerpunkt auf deutliche Fortschritte bei Demokratisierung und Good Governance legt. Notwendig seien eine regelmäßige Überprüfung und politische Bewertung der Aktionspläne der einzelnen Länder, welche die Grundlage für die Planung weiterer Hilfen bilden müssten. Hierbei müsse es klare und nachvollziehbare Kriterien geben. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass zu diesen Kriterien auch die Anerkennung Israels und die Verurteilung des Terrorismus gehören. Bei festgestellten Defiziten seien seitens der EU verstärkt die anerkannten Nichtregierungsorganisationen aus der Region finanziell zu unterstützen.

Wesentlich seien darüber hinaus eine verstärkte Förderung von Bildung und Forschung sowie intensivere Bemühungen der EU um eine engere Kooperation der Mittelmeerpartner untereinander.

### B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Keine

### Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/848 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

### Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Holger Haibach
Berichterstatter

Monika Knoche

Holger Haibach
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)

Monika KnocheKerstin Müller (Köln)BerichterstatterinBerichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Marina Schuster, Monika Knoche und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/848** in seiner 60. Sitzung am 26. Oktober 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2007

Holger HaibachGert Weisskirchen (Wiesloch)Marina SchusterBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatterin

Monika KnocheKerstin Müller (Köln)BerichterstatterinBerichterstatterin